

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Michael Hofmann

Abg. Christoph Maier

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Felix Locke

Abg. Florian von Brunn

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

**Klaus Holetschek, Ilse Aigner, Michael Hofmann u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Katharina Schulze, Johannes Becher, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN),**

**Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion
(SPD)**

zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (Drs. 19/676)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtrededzeit wurde im Ältestenrat mit 29 Minuten vereinbart. Als Erstem erteile ich das Wort Herrn Kollegen Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, wobei wir ganz klar sagen müssen, im Grunde ist es traurig, dass wir über dieses Gesetz bestimmte Maßnahmen ergreifen müssen. Es geht darum, dass früher eine Rüge gereicht hat, wenn sich ein Parlamentarier danebenbenommen hat. Seit der letzten Legislaturperiode ist das anders. Es gibt hier im Saal Kolleginnen und Kollegen, die es offensichtlich als Auszeichnung empfinden, wenn sie von der Präsidentin mit einer Rüge belegt werden, weil sie damit nämlich deutlich machen können, dass sie den Parlamentsbetrieb gestört haben. Außerdem machen sie damit deutlich, dass sie den Parlamentsbetrieb insgesamt lächerlich machen können, dass keine Handhabe besteht. Das ist die Zielsetzung dieser Fraktion in den letzten Jahren, in der letzten Legislaturperiode gewesen. Dem kann man so nicht weiter tatenlos zusehen. Wir haben uns deshalb dazu entschieden, ähnlich wie auch andere Parlamente, es nicht bei einem Ordnungsruf zu belassen, sondern auch ein Ordnungsgeld zu verhängen, wenn sich ein Abgeordneter danebenbenimmt.

Ich will noch einmal deutlich machen, was in den letzten Monaten und in den Jahren der letzten Legislaturperiode hier abgelaufen ist. Ein Abgeordneter hat sich mit einer Gasmasken hier an das Rednerpult gestellt und gemeint, er müsse gegen Entscheidungen des Parlaments demonstrieren. Es hat Parlamentarier gegeben, die sich während einer Rede neben das Rednerpult gestellt haben und versuchten, den parlamentarischen Ablauf mit einem Plakat zu stören. Es hat Parlamentarier gegeben, die mit Zwischenrufen Beleidigungen ausgesprochen haben, einfach um jemanden zu diskreditieren. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein gepflegter Umgang. Das ist nicht der Umgang, den wir in einer Demokratie haben möchten. Dem müssen wir ganz klar begegnen. Wenn das nicht mehr allein mit einem Ordnungsruf geht, dann muss es dahin gehen, wo es wehtut, nämlich mit Geldzahlungen. Es tut uns leid, aber anders scheint das heutzutage offensichtlich nicht mehr möglich zu sein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir zeigen damit gleichzeitig, dass wir uns von niemandem auf der Nase herumtanzen lassen. Gleichwohl ist es so, dass wir nicht gegen alle Störungen des Parlamentsbetriebs vorgehen und darauf Einfluss nehmen können. Ich erinnere nur daran, was hier für eine Rede gehalten worden ist – Herr Kollege Schwab hat das schon angedeutet und viele Kolleginnen und Kollegen vor mir auch –, wie sich hier jemand für das Amt des stellvertretenden Landtagspräsidenten präsentiert hat. Gut, solche Reden gehören zur freien Meinungsäußerung, das muss eine Demokratie abkönnen. Jeder blamiere sich, so gut er kann. Das war heute wieder ein beredtes Beispiel dafür, dass es für das Niveau dieser Fraktion offensichtlich keine Grenze nach unten gibt. Man kann wirklich noch dümmere Reden halten. Wir sind gespannt, was in der Zukunft noch kommt.

(Unruhe bei der AfD)

Das wird in der Tat nicht mit einem Ordnungsruf belegt; denn das dürfen Sie tatsächlich tun. Letzten Endes sind Sie aber diejenigen, die diesen Parlamentsbetrieb lächerlich machen. Das ist auch Ihr Ziel, das Sie damit verfolgen, auch mit Ihren permanenten Zwischenrufen. Sie verfolgen dieses Ziel auch mit den sonstigen Dingen, die Sie betreiben. Wenn Ihnen etwas nicht passt, dann rufen Sie: Lüge! Lüge! Lüge! – Vielleicht haben Sie auch von Lügenpresse oder von Lückenmedien gesprochen. Mit all diesen Dingen versuchen Sie, in diesem Parlamentsbetrieb nach Ihrer Fassung weiterzuarbeiten. Es ist einfach tragisch, wohin das Ganze geführt hat.

Wir aber machen deutlich, dass wir uns das von Ihnen nicht diktieren lassen. Es kommt nicht darauf an, was Sie glauben durchsetzen zu können, sondern es kommt letzten Endes darauf an, was die Mehrheit hier zulässt oder nicht zulässt. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt diesen Klamauk, diesen Politstil ganz klar ab. Dementsprechend sind wir auch in der Lage, diese Maßnahmen zu ergreifen.

(Unruhe bei der AfD)

Gleichzeitig ist es aber auch dramatisch, wenn ich sehe, mit welchen Krokodilstränen hier bei der Ersten Lesung operiert worden ist. Ich sage ganz klar: Das ist kein Gesetz gegen die AfD, auch wenn sie So getan haben, als würden wir einen Gesetzentwurf einbringen, der nur gegen Sie gerichtet ist. Nein; in diesem Gesetzentwurf geht es darum, dass die Parlamentarier das Haus hier wirklich repräsentieren, damit sie der Bevölkerung auch deutlich machen, welche Verantwortung sie tragen.

Sie haben es durch Ihr Auftreten selbst in der Hand, ob Sie mit einem Ordnungsruf oder mit einem Ordnungsgeld belegt werden. Benehmen Sie sich dementsprechend ordentlich. Versuchen Sie, auch wenn es Ihnen schwerfällt, die Gepflogenheiten des Parlamentarismus zu leben. Versuchen Sie auch, die Demokratie zu leben, indem Sie nicht Ihre typischen Verhaltensweisen, die Sie in Ihren Versammlungen durchaus pflegen können, an den Tag legen, sondern benehmen Sie sich so, wie es eines Parlamentariers würdig ist; denn die Menschen haben ein Recht darauf, dass sie hier keine

Clowns bezahlen, sondern Abgeordnete, die ihren Job ernst nehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, das haben Sie in den letzten Jahren weiß Gott nicht getan.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Andreas Winhart (AfD): Sie haben gerade "Clowns" zu uns gesagt!)

– Ich habe gesagt, die Leute wollen nicht, dass Clowns bezahlt werden. Da sollten wir uns eigentlich einig sein. Wenn Sie das anders sehen, können Sie das nachlesen und das dann auch sagen. Ich bin aber der Meinung, dass die Bevölkerung Abgeordnete gewählt hat und nicht möchte, dass in diesem Parlament Clowns bezahlt werden. Haben Sie etwas dagegen? Fühlen Sie sich in diesem Zusammenhang angesprochen? Das könnte ja sein. Ich weiß es nicht.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Ihnen dieser Schuh passt, will ich Sie nicht daran hindern, ihn anzuziehen. Ich sage Ihnen: Sie haben in der letzten Legislaturperiode oft genug über die Stränge geschlagen. Ich würde Sie darum bitten, der Würde dieses Hauses gerecht zu werden und sich so zu verhalten, dass in Zukunft kein Ordnungsgeld gegen Sie verhängt werden muss.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. Leider ist er nötig. Das ist eine Zäsur in der parlamentarischen Demokratie unseres Landes,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Genau, das ist eine Zäsur!)

aber diese Partei macht das ganz offensichtlich notwendig. Wir hoffen, dass Sie diese Maßnahme disziplinieren wird und Sie dann wissen, weswegen Sie hier sind, nämlich nicht, um Klamauk zu machen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Christoph Maier.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Hofmann, Sie haben gerade davon gesprochen, dass es eine Zensur sei.

Michael Hofmann (CSU): Eine Zäsur. Sie sollten mir schon zuhören. Kennen Sie den Unterschied?

Christoph Maier (AfD): Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut in diesem Rechtsstaat. Das unterscheidet die Demokratie von einer Diktatur. Das Parlament als Ort der Demokratie dient dem freien Meinungs Austausch. Würden Sie sagen, Sie leisten zum freien Meinungs Austausch einen Beitrag, indem Sie den Versuch wagen, ungewollte Positionen mit Ordnungsmaßnahmen oder Strafgeldern zu unterdrücken; denn es ist doch reine Willkür, ob man das Wort "Clown" rügt oder nicht. Sie zeigen ja selber auf, dass Ihre Äußerungen in der Vergangenheit nicht gerügt wurden, Äußerungen einer anderen Fraktion dagegen vehement gerügt werden. Ich sehe da eine Ungleichbehandlung. Wie könnte das Präsidium aus Ihrer Sicht sicherstellen, dass eine Gleichbehandlung aller Fraktionen erfolgt?

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Hören Sie doch auf, die Fakten zu verdrehen!)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege Hofmann, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Das ist wieder die typische Art und Weise, wie die AfD mit Dingen umgeht, die ihr nicht passen. Sie müssen mir schon zuhören. Sie haben schon den Fehler gemacht, dass Sie "Zäsur" mit "Zensur" verwechselt haben. Sei's drum. Ich habe klipp und klar gesagt, die Menschen wollen nicht, dass hier Clowns bezahlt werden. Wenn Sie diese Aussage auf sich beziehen, kann ich doch nichts dafür. Die Präsidentin muss mich dafür auch nicht rügen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Es hat nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun, wenn sich ein Parlamentarier mit einer Gasmasken ans Rednerpult stellt, um dieses Parlament lächerlich zu machen. Es hat auch nichts mit freier Meinungsäußerung zu tun, wenn sich jemand von Ihnen mit einem Plakat hierhinstellen würde, um den Redner zu stören. Was hat das bitte mit freier Meinungsäußerung zu tun?

Mit Ihrer Zwischenbemerkung haben Sie wieder einmal bewiesen, dass Sie mir nicht zugehört haben. Ich habe nämlich vorher klipp und klar deutlich gemacht, wo die Grenzen zwischen freier Meinungsäußerung und der Vorstellung eines Ihrer Abgeordneten als stellvertretender Landtagspräsident und den Dingen, die den parlamentarischen Ablauf hier stören, liegen. Hören Sie mir in Zukunft besser zu, und ziehen Sie Ihre Schlussfolgerungen, dann kommen wir auch zurecht.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Jürgen Mistol für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag ist das Herz unserer bayerischen Demokratie. Drohenden Herzleiden sollte man bekanntlich rechtzeitig vorbeugen. Wir haben gemeinsam mit den Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD im März einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Debatte in den Landtag eingebracht, um dieses zentrale Organ unseres politischen Systems besser vor den Feinden unserer freiheitlichen Demokratie zu schützen.

Die Dringlichkeit, unsere Demokratie vor ihren Feinden zu schützen, hat sich seit der Einbringung dieses Gesetzentwurfs nochmals verstärkt. In diesen Tagen stellt sich die Frage, ob es sich bei der AfD um eine Alternative für Russland oder für China handelt. Vermutlich für beide; denn Sie sind mit allen Diktatoren der Welt befreundet, und zwar ganz dick.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, hier tun sich wahre Abgründe an Landesverrat und Korruption auf. Da würde der AfD etwas Demut gut zu Gesicht stehen. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin davon nicht überrascht. Verdachtsfälle gibt es ja schon länger. Drei Abgeordnete der bayerischen AfD-Fraktion wurden von russischen Offiziellen zur Wahlbeobachtung eingeladen und haben diese Einladung auch noch angenommen. Das lässt tief blicken und wirft im Übrigen Fragen auf. Neu ist aber, dass die AfD mehrfach konkret unter Verdacht steht, die Interessen unseres Landes, die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger, gegen Geld zu verkaufen und zu verraten. Ich gehe davon aus, dass wir bisher nur die Spitze des Eisbergs sehen. Eines steht jedoch schon fest: Deutsche Patrioten sind Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Staatsanwaltschaft gegen AfD-Politiker ermittelt, wie aktuell gegen Ihr Fraktionsmitglied, den Abgeordneten Halemba, sind Sie schnell dabei, die Staatsanwälte und die Beamten der Kriminalpolizei anzuzeigen. Die AfD handelt nach dem Motto: Was es auch sei, ich kann nichts dafür. Die Rolle der verfolgten Unschuld scheint Ihnen wie auf den Leib zugeschnitten. Mir fällt dazu der Spruch ein: Ist es nicht merkwürdig, dass gerade jene, die ihre Hände so oft in Unschuld waschen, die schmutzigsten Finger haben?

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insofern imponiert uns Ihre Klage gegen das Gesetz, um das es heute geht, nicht. Es wäre ja praktisch das erste Mal, dass die AfD nicht vor Gericht zieht. Sogar bei jeder Rüge, wenn wieder einmal ein Abgeordneter Ihrer Fraktion die Würde des Hauses verletzt hat, tarocken Sie im Ältestenrat nach, immer nach dem Motto: die verfolgte Unschuld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem Einzug der AfD in den Landtag zu Beginn der letzten Legislaturperiode hat die Debattenkultur enormen Schaden genommen. Die AfD beschimpft, sie beleidigt, sie hetzt, sie macht demokratische Institutionen verächtlich, und all das hat bei der AfD Methode. Sie provoziert gezielt, um Schlagzeilen zu generieren. Das zeigt auch die hohe Zahl an Rügen, die in der letzten Legislaturperiode in Richtung AfD ausgesprochen wurden.

Die AfD hat Rechtsextremisten ins Maximilianeum eingeladen und mit ihnen Saufgelage abgehalten. Mehrere Abgeordnete der AfD beschäftigen Mitarbeiter, die eindeutig als Rechtsextremisten bekannt sind. Insofern ist es gut und richtig, dass der vorliegende Gesetzentwurf heute eine breite Mehrheit bekommt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit fast 80 Jahren, seit der ersten Sitzung im Jahr 1946, kommen wir hier im Bayerischen Landtag ohne Ordnungsgeld aus. Nun müssen wir das ändern, und zwar aus keinem geringeren Grund als dem, dass wir unsere Demokratie schützen müssen. Ich habe es beim letzten Mal schon gesagt: Ich bin jetzt schon einige Legislaturperioden Mitglied im Bayerischen Landtag. Das gab es früher einfach nicht. Pöbeleien und Hetze erleben wir inzwischen in jeder Sitzung. Manchmal ist es wirklich eine Herausforderung, hier am Redepult zu stehen. Dabei stelle ich noch einmal klar: Ich und wir stehen für eine Streitbare Debattenkultur. Diese Fraktion da rechts außen feiert aber ihre Rügen regelrecht. Das gehört zu ihrer Strategie.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Zu ihrer Strategie gehört es, Unmögliches zu sagen und dann auch noch ahnungslos zu tun. Oft überschreitet die AfD die roten Linien zur Geschmacklosigkeit. Mein Kollege hat es schon gesagt. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal an die Entgleisung erinnern, als ein AfD-Abgeordneter hier am Redepult ausgerechnet mit einer Gasmaske stand.

(Zurufe von der AfD: Uh, uh, uh!)

Mittlerweile ist völlig klar, dass die AfD den Landtag als Bühne für ihre rechtsextreme Hetze missbraucht und auch noch darauf stolz ist. Sie versuchen, unser Parlament, unsere Demokratie, in den Schmutz zu ziehen. Sie, die angeblich – hören Sie zu! – ach so patriotisch sind, verkaufen und verraten uns an China und an Russland. Pfui, kann ich da nur sagen!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie fragen: Wie viele Ermittlungsverfahren sind noch notwendig? Sind das mittlerweile Ehrenabzeichen für die AfD? Anders ist es nicht zu erklären, dass Herr Halemba immer noch Teil Ihrer Fraktion ist.

(Zuruf von der AfD: Auch für ihn gilt die Unschuldsvermutung!)

Der gemeinsame Gesetzentwurf der demokratischen Fraktionen ist ausgewogen. Er ist ein Vorbild für andere Landtage. Auch im Bundestag werden die Strafen erhöht. Unser Parlament, unsere Demokratie leben von einer sachlichen, fairen Debatte. Das muss auch so bleiben. Hetze gehört nicht hierher.

(Beifall bei der SPD)

Hier herumzupöbeln muss finanziell richtig wehtun. Wir sind hier nicht auf einem Ihrer rechtsextremen Geheimtreffen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Eines muss uns immer wieder bewusst werden, und daran möchte ich noch einmal erinnern: Wir alle werden von der Allgemeinheit finanziert. Es ist unser Auftrag, um das Beste für die Allgemeinheit zu ringen. Dazu gehört es mit Sicherheit nicht, gegen die wichtigsten Pfeiler unserer Demokratie zu verstoßen. Umso wichtiger ist es, dass wir als Nächstes gemeinsam analog zu diesem Gesetzentwurf eine Lösung finden, damit rechtsextreme Mitarbeiter eines Abgeordneten nicht bezahlt werden müssen. Wir wollen nicht, dass chinesische und russische Spione zusätzlich aus Steuergeld finanziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten sind seit 160 Jahren das Bollwerk gegen Rechts, und das wird auch so bleiben. Deswegen freue ich mich, dass wir heute gemeinsam diesen Gesetzentwurf verabschieden.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Markus Walbrunn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt wahrscheinlich wenige Dinge, die die wachsende Bedeutung meiner Partei so sehr verdeutlichen wie die zunehmende unüberschaubare Anzahl von Leges AfD, zu denen auch die vorliegende Änderung des Abgeordnetengesetzes gehört.

(Beifall bei der AfD)

Landauf, landab werden Regelungen geschaffen und geändert, um unsere Stimme, die Stimme eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung soweit wie möglich kaltzustellen und verstummen zu lassen.

(Florian von Brunn (SPD): Der wird immer kleiner!)

Die Änderung des Abgeordnetengesetzes zielt nach unserer Rechtsauffassung auf eine unzulässige Einschränkung des freien Mandats von AfD-Abgeordneten. Daran kann nach den Worten der Antragsteller im Rahmen der Ersten Lesung und auch heute eigentlich gar kein Zweifel bestehen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Lächerlich! – Michael Hofmann (CSU): Quatsch! Sie hören ja nicht einmal zu!)

Sie haben es sehr deutlich gemacht, dass unsere Redebeiträge augenscheinlich Ihre Komfortzone verletzen und dass Sie sich jetzt nicht mehr anders zu helfen wissen, als Verstöße gegen dieses Wohlbefinden künftig mit Geldstrafen und Sitzungsausschlüssen durch das Präsidium ahnden zu lassen. Wie praktisch, dass Selbiges wider jede parlamentarische Sitte ausschließlich durch Ihre Fraktionen besetzt ist.

Inwieweit dort in jedem Fall mit dem gleichen Maß gemessen wird, ist eben die Frage. Negativbeispiele hatten wir leider schon ein paar in dieser Legislaturperiode. Ich glaube, Kollege Maier wird gleich darauf eingehen. Zu hoffen bleibt, dass man im Präsidium die faire und ausgewogene Anwendung des Gesetzes zumindest ernster nimmt, als es die treibenden Kräfte hinter diesem Gesetz offensichtlich intendiert haben. Nehmen wir einmal exemplarisch den Abgeordneten Hofmann, der in der Ersten Lesung meinte, er wolle damit die Demokratie schützen. Eine hehre Absicht, allein man fragt sich dann unweigerlich, Herr Hofmann, was für eine Art von Demokratie Sie dabei meinen, wenn Sie bei nächster Gelegenheit so Sprüche wie jüngst bei der letzten Vizepräsidentenwahl raushauen:

"Im Übrigen halten wir das, was Sie hier betreiben, für einen Missbrauch der Geschäftsordnung, und deswegen lehnen wir das ab."

Da ging es aber bloß um die Wahl in ein Amt. Wenn das derselbe demokratische Geist ist, der auch in die Änderung des Abgeordnetengesetzes geflossen ist, lässt das wirklich nichts Gutes erahnen.

Man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Der Umstand, dass einer Fraktion dieses Hauses immer wieder die ihr zustehende Vizepräsidentenposition verwehrt wird, dass sie immer wieder neue Kandidaten vorschlagen muss, dass Sie von Ihnen, den Initiatoren des vorliegenden Gesetzentwurfs, quasi dazu genötigt wird, dieser Umstand wird von solchen Musterdemokraten als Missbrauch der Geschäftsordnung und wahrscheinlich bald als Verletzung der Würde des Parlaments diffamiert.

(Beifall bei der AfD)

Wäre Gerhard Schröder heute hier anwesend – sein Name ist heute schon gefallen –, würde er Ihnen gleich das Gütesiegel des lupenreinen Demokraten dafür verleihen. Nein, da bleibt wirklich nur zu hoffen, dass die Kollegen, die hier über die Wahrung der Kartellparteienkomfortzone – Verzeihung, natürlich der guten Sitten – zu wachen haben, ein wenig mehr Objektivität und freiheitliche demokratische Gesinnung an den Tag legen. Sonst droht diese Änderung des Abgeordnetengesetzes tatsächlich zu jenem autoritären Maulkorbgesetz zu werden, das mein Kollege Christoph Maier wahrscheinlich zu Recht erwartet.

Meine Damen und Herren, es braucht keine weitere Lex AfD in diesem Hohen Haus. Das ist unnötig wie ein Kropf. Ja, die freiheitliche Demokratie darf nicht weiter untergraben werden. Aber gerade deshalb mein dringender Appell an Sie: Hören Sie auf, autoritäre Meinungsverhinderungsgesetze verabschieden zu wollen, achten Sie endlich die parlamentarischen Gepflogenheiten, schließen Sie nicht unliebsame politische Wettbewerber aus den ihnen zustehenden Positionen aus. Folgen Sie vor allem keinem autokratischen Demokratieverständnis Hofmann'scher Prägung.

(Beifall bei der AfD)

Der Pfad, den Ihre Partei im Bund und hier in Bayern beschreitet, ist gewiss kein freiheitlich demokratischer. Er ist zunehmend autoritär und repressiv. Kehren Sie rechtzeitig um, kümmern Sie sich um die wahren Probleme in diesem Land! Ansonsten wird

der Wähler diesen Richtungswechsel für Sie vollziehen. Den vorliegenden Gesetzentwurf lehnen wir natürlich ab. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wäre es so einfach: Anstand, gutes Miteinander, fairer Umgang, das sind doch Tugenden, die keinem wehtun. In gewissen Räumen funktioniert es auch. Ich habe Sie im Ausschuss noch nie pöbeln hören. Ich habe im Ausschuss noch nie irgendwelche größeren Komplikationen oder Verunglimpfungen erlebt. Sobald die Kameras hier an sind, zeigen Sie Ihr wahres Gesicht, und das ist erschreckend. Das ist undemokratisch und tatsächlich eine Verletzung der Würde dieses Hauses.

(Widerspruch bei der AfD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wieso ist das undemokratisch?)

Wir alle sind hier Vorbilder für die bayerische Bevölkerung, die hier auf uns schaut. Schulklassen kommen hierher, die das Hohe Haus einmal erleben wollen, Besuchergruppen, die sich freuen, einen Tag hier im Bayerischen Landtag zu verbringen, um die gewählten Politikerinnen und Politiker zu treffen, die die wahren Probleme unserer Gesellschaft angehen. Tagtäglich müssen wir uns mit Ihren Falschwahrheiten, mit Ihren Anschuldigungen, mit Ihren Beleidigungen und anderen Themen hier in diesem Hohen Haus auseinandersetzen. Das ist ein No-go.

Deswegen gibt es jetzt einen Vorschlag von den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD, um Pöblern und Nichtdemokraten einen Riegel vorzulegen und zu zeigen: So geht es nicht mehr weiter. – Wir brauchen ein deutliches Zeichen für ein demokratisches Miteinander.

Natürlich ist die freie Rede das höchste Gut, auch hier in diesem Plenarsaal; das möchte ich gar nicht in Abrede stellen. Auch ich bin kein Kind von Traurigkeit und stelle mich jeder inhaltlichen Debatte. Aber es gibt einfach ein paar Themen, welche die Grenzen des guten Miteinanders überschreiten. Wenn Sie einen Kollegen der FREIEN-WÄHLER-Fraktion in einer Zwischenbemerkung des Stammelns bezichtigen und ihm raten, von seinen Abgeordnetenbezügen einen Rhetorikkurs zu bezahlen,

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Jetzt sind Sie aber empfindlich!)

wenn Sie hier mit einer Gasmasken stehen, ist das ein gutes Miteinander? Ist das die gute Kinderstube, für die Sie vielleicht für Ihr Wählerklientel, das angeblich immer stärker wird, werben wollen? Oder schaffen wir endlich ein breites Miteinander im Wettbewerb um die besten Ideen?

Wir kämpfen tagtäglich um die besten Ideen. Das Erstarken am rechten Rand ist aktuell eines der größten Probleme in unserem Land. Ich möchte nicht in die 1930er-Jahre zurückkehren; ich möchte nicht, dass wir ein Land werden, in dem Minderheiten ausgegrenzt werden, in dem wir uns entzweien oder in dem wir mit unseren Nachbarn, in denen wir in den letzten Jahren friedlich zusammengelebt haben, vielleicht Konflikte und Kriege eingehen. Genau das droht uns, wenn wir Ihre Rhetorik zulassen, wenn wir Ihre Themen zulassen, wenn wir Sie tagtäglich Falschwahrheiten verbreiten lassen in diesem Haus. Daher ist es so wichtig, dass wir uns als Demokraten dagegenstellen.

(Zuruf von der AfD)

Für mich ist es auch ganz klar, mal die Fakten nachzulegen. Sie bezichtigen uns immer, eine Lex AfD zu machen, hier aus Willkür ein Gesetz zu machen, weil uns etwas nicht passt. Schaut man sich die Maßnahmen aber mal an, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann erkennt man, dass wir hier im Bayerischen Landtag nicht die Ersten sind, die von diesen Maßnahmen Gebrauch machen wollen. Es gibt schon jetzt Regelungen, die auch in unserer Geschäftsordnung verankert sind. Ich verweise auf unsere Geschäftsordnung zu dem gerade von Ihrer Seite als undemokratisch und ver-

fassungsfeindlich bezeichneten Ausschluss von Sitzungen. Diese Möglichkeit gibt es jetzt schon. Würden Sie sich einmal mit unserer Geschäftsordnung auseinandersetzen – gegen die Sie übrigens nicht gestimmt haben –, könnten Sie darin genau nachlesen, dass schon jetzt der Ausschluss für zehn Sitzungstage möglich ist. Also, warum empören Sie sich überhaupt? Sie tun gerade so, als wäre etwas gegen Sie entschieden worden, obwohl das schon geltende Rechtslage ist. Da möchte ich an der einen oder anderen Stelle den Faktencheck machen.

Das gilt auch für das Ordnungsgeld. Wir haben eine Ordnungsgeldregelung, die ein Ordnungsgeld "bis zu" einem Betrag vorsieht. Das heißt nicht, dass direkt 2.000 Euro gezahlt werden müssen oder 4.000 Euro gezahlt werden müssen. Diese Regelung, die wir hier in einem breiten Miteinander gefasst haben, orientiert sich an § 112 des Ordnungswidrigkeitengesetzes.

Das sind die puren Fakten, die man sich an der einen oder anderen Stelle auch mal anschauen muss.

Am Ende appelliere ich an Sie, dass wir heute ein Gesetz auf den Weg bringen, das in diesem Punkt hoffentlich nie zur Anwendung kommt. Da spreche ich jeden Einzelnen von uns an; denn die Beleidigung eines Abgeordneten ist für mich genauso ein No-go wie das Zeigen eines Joints hier in diesem Plenarsaal. Das sind Themen, die mit der Würde des Bayerischen Landtags nichts zu tun haben.

Wir sind Vorbilder und sollten als solche unserem Auftrag gerecht werden: für mehr inhaltliche Diskussion, für ein Kämpfen und Werben um die besten Ideen, aber immer sachlich und fair. Bleiben wir bitte bei der Menschlichkeit; denn die Menschlichkeit ist es, die am Ende zählt und was uns, glaube ich, hier in Bayern groß macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Kollege Florian von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Herr Locke, der Vorredner von der AfD hat hier den Eindruck erweckt, wir würden ihre Meinungsfreiheit einschränken und damit die Axt an Freiheit und Demokratie legen.

Ich will hier mal drei Zitate vorlesen, damit man mal merkt, wofür die wirklich stehen: "Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet" hat Markus Frohnmair, Bundestagsabgeordneter der AfD, gesagt.

(Widerspruch des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

"Wir sollten eine SA gründen und aufräumen!" – Andreas Geithe von der AfD Berlin. Und Peter Gebhardt, damals stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Landshut auf Facebook: "Wir werden längere Wände als 1989 in Rumänien brauchen. – Freiwillige für die Pelotons dürften aber kein Problem sein."

Meinen Sie auch, dass daraus deutlich wird, was die vorhaben? Es geht darum, dass wir die Freiheit und die Meinungsfreiheit und die Demokratie verteidigen; die wollen zu ganz anderen Mitteln greifen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Vielen Dank. Ich kann mich nur anschließen. Frau Merkel als "Stasi- und Schnüffelkanzlerin" zu bezeichnen, ist auch noch so ein Zitat, das gefallen ist. Das ist genau der Kernpunkt meiner Rede.

(Unruhe bei der AfD)

Wir kämpfen für die Demokratie und setzen Gesetze dann ein, wenn sie nötig sind; sie gelten dann aber für alle. Daher ist es so wichtig, dass wir um die besten Ideen ringen und dafür werben.

Ich hoffe trotzdem und appelliere an Sie zu meiner Rechten, dass einfach wieder etwas mehr Vernunft und Menschlichkeit einzieht

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

und wir das Miteinander wieder in den Vordergrund stellen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD auf Drucksache 19/676 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf Drucksache 19/1863 zugrunde. Der federführende und zugleich endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 19/1863.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU. Gegenstimmen! – Das ist die AfD. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist es so beschlossen.